

KUBA NACH DEM VI. PARTEITAG: WIE WEIT TRAGEN DIE REFORMEN?

Frank Priess

Der VI. Parteitag der kubanischen kommunistischen Partei trug eindeutig die Handschrift Raúl Castros. Wirtschaftsdebatten standen im Mittelpunkt – kein Wunder angesichts der desaströsen Versorgungslage auf der Karibikinsel. Raúls Bruder Fidel, der im August 85 Jahre alt wird, hat sein letztes offizielles Amt an den jüngeren Bruder abgegeben – Raúl ist 79. Die alte Garde aber dominiert nach wie vor die Führungsstrukturen. Die Freilassung von politischen Gefangenen und ein Dialog mit der Kirche begleiten die Neujustierung – die Frage ist, wie weit sie gehen kann und soll. Von politischen Reformen und mehr Freiheitsrechten ist jedenfalls einmal mehr nicht die Rede.

Der Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas (PCC) war überfällig. Schließlich ist ein Fünf-Jahres-Rythmus vorgesehen, und der V. Parteitag hatte bereits 1997 stattgefunden. Nun aber trafen sich rund 997 Delegierte vom 16. bis 19. April in Havanna – genau 50 Jahre nach dem gescheiterten Interventionsversuch der USA in der Schweinebucht, der wiederum mit einer großen Militärparade begangen wurde. Wie immer bewies die kommunistische Führung ein Gefühl für Symbolik. Als Ehrengast mit dabei: Margot Honecker, Witwe des 1994 verstorbenen langjährigen Staats- und Parteichefs der DDR, die bei der Gelegenheit ihren 84. Geburtstag feierte.

KEIN GENERATIONSWECHSEL

Eine personelle Zäsur bringt der Parteitag ganz augenscheinlich: Revolutionsikone Fidel Castro – er selbst nahm nur an der tränenreichen Schlussveranstaltung teil – hat nun auch das Amt des 1. Sekretärs der Kommunistischen



Frank Priess ist
Auslandsmitarbeiter
der Konrad-Adenauer-
Stiftung in Mexiko.

Partei an seinen Bruder Raúl weitergereicht. Seit 2006, als seine schwere Darmerkrankung bekannt wurde, hatte er sich bereits von allen anderen Funktionen getrennt, sich aber weiterhin regelmäßig über die Medien zu Wort gemeldet.

„Fidel braucht keine besondere Funktion, um immer einen Spitzenplatz in der Geschichte, der Gegenwart und der Zukunft der kubanischen Nation einzunehmen.“ (Raúl Castro)

Weiterhin aber gilt, was Raúl Castro bei eben dieser Schlusszeremonie den Delegierten mit Blick auf seinen schweigenden Bruder zurief: „Fidel ist Fidel, und er braucht keine besondere Funktion, um immer einen Spitzenplatz in der Geschichte, der Gegenwart und der Zukunft der kubanischen Nation einzunehmen.“ Und Fidel wird weiterhin gebraucht: als Legitimationsquelle gerade gegenüber der alten Garde, die Reformen besonders kritisch gegenübersteht. Seine Zitate – oft neu arrangiert und in den „richtigen“ Zusammenhang gebracht – schmücken Raúl's Reden, wo immer dies nötig ist, ebenso Parteitagsdokumente und Beschlüsse.

Raúl Castro wurde am 3. Juni 1931 in Birán in der heutigen Provinz Holguín als fünftes von neun Kindern des spanischen Einwanderers Ángel Castro geboren. Seine Erziehung lag in den Händen von Jesuiten, später studierte er an der Universität von Havanna Sozialwissenschaften. Von Anfang an begleitete er seinen Bruder Fidel bei den revolutionären Aktivitäten – 49 Jahre lang stand er an der Spitze der kubanischen Streitkräfte. 2006 übernahm er von seinem Bruder die Führung der Partei, nach den Wahlen 2008 wurde er offiziell auch Staats- und Regierungschef. Raúl Castro gilt – im Gegensatz zu Fidel – als Familienmensch. 1959 hatte er seine Kampfgefährtin Wilma Espín Guillois geheiratet, mit der er vier Kinder hatte. Sie starb 2007. Sein einziger Sohn, Alejandro, bekleidet einen hohen Posten im Innenministerium und ist einer der Berater seines Vaters.

KONTINUITÄT IN DER ZWEITEN REIHE

Zweiter Sekretär wurde José Ramón Machado, ein ebenfalls bereits 80-jähriger Revolutionsveteran. An dritter Stelle der Hierarchie findet sich Ramiro Valdés, 78, dem Raúl Castro auch in der Regierung eine zentrale Rolle gegeben hat. Vermieden wird durch diese Personalien allemal, dass

bereits jetzt die Frage zu virulent wird, wer denn wohl auf Raúl Castro folgen könnte – auch andere Besetzungen lassen darauf keine Rückschlüsse zu.

So umfasst das verkleinerte Politbüro künftig 15 Mitglieder, 12 wurden in ihren Ämtern bestätigt. Mit fünf Generalen – neben Raúl – ist die Militärpräsenz auch hier unübersehbar. Einzige Frau im Gremium ist die 48-jährige KP-Regionalchefin von Havanna, Mercedes López. Ein weiterer Youngster: der 50-jährige Reformkoordinator der Regierung und frühere Wirtschaftsminister, Marino Alberto Murillo Jorge. Seine Berufung wirkt wie ein Ausrufezeichen unter die Absicht der Wirtschaftsreformen. Zur gleichen Alterskohorte gehört mit 51 Jahren auch der für Hochschulbildung zuständige Minister Miguel Díaz-Canel Bermúdez, seit acht Jahren Mitglied des Politbüros und ebenfalls ganz besonders von Raúl Castro gefördert.

Im 115-köpfigen Zentralkomitee gab es mit 51 Neuzugängen mehr Veränderungen, mehr Verjüngungen, eine repräsentativere ethnische Zusammensetzung und eine deutlich erhöhte „Frauenquote“: 48 Frauen sind jetzt in diesem Gremium zu finden. Dass außerdem 24 Offiziere darunter sind, unterstreicht die weiterhin zentrale Rolle der Streitkräfte, die immer auch die Operationsbasis Raúl Castros gebildet haben. Sie sollen zudem mittlerweile 35 Prozent der kubanischen Firmen und 60 Prozent der Deviseneinnahmen des Landes unter ihrer Kontrolle haben – gerade der einnahmeträchtige Tourismussektor mit zahlreichen *joint ventures* ragt dabei heraus. Aus ihren Reihen kommen auch professionelle, teilweise im Ausland ausgebildete, jüngere Nachwuchskräfte ohne besonderes ideologisches Profil, die in den kommenden Jahren noch in wesentliche Funktionen einrücken könnten.

Im 115-köpfigen Zentralkomitee gab es mit 51 Neuzugängen mehr Veränderungen, mehr Verjüngungen, eine repräsentativere ethnische Zusammensetzung und eine deutlich erhöhte „Frauenquote“.

Mit einer Kabinettsumbildung hatte Präsident Raúl Castro bereits das Jahr begonnen und dann weiter nachgelegt. In den wichtigen Ministerien für Konstruktion, Information und Kommunikation sowie Wasserwirtschaft wechselte er das Führungspersonal. Revolutionsveteran Ramiro Valdés soll künftig zudem eine kontrollierende Rolle spielen. Damit

sind es seit Amtsantritt Raúl's 24 der 28 Ministerien, in denen es zu Veränderungen kam. In den Schlüsselstellen befinden sich aber meist Funktionäre im Alter über 70, die noch auf eine gemeinsame Guerrilla-Erfahrung mit den Castro-Brüdern zurückblicken können. Jüngere Parteikader, denen gerade im Ausland immer wieder Reformabsichten unterstellt wurden, haben die Castro-Brüder systematisch kaltgestellt.

Angesichts des Alters der Führungskräfte wirkt es fast schon ironisch, dass Raúl in seiner Rede zur Eröffnung des Parteitags forderte, Amtszeiten künftig auf maximal zehn Jahre in zwei aufeinanderfolgenden Phasen von fünf Jahren zu begrenzen und damit eine Verjüngung der Führung zu erreichen. Derzeit stünden Jüngere allerdings leider kaum zur Übernahme von Führungsämtern bereit, es fehle eine Reserve erfahrener Menschen. Es klingt, als wolle sich jemand Zeit kaufen.

DEMOGRAPHISCHER DRUCK

Immerhin altern nicht nur Partei und Regierung: Auch in der kubanischen Bevölkerung selbst gibt es vergleichsweise dramatische Entwicklungen: 2025, so das Centro de Estudios de Población y Desarrollo in Kubas Statistikamt, werde die Insel das überaltertste Land in Lateinamerika und der Karibik sein, mit einem Viertel der Bevölkerung über 60 und Grundschulen, die nur zwischen einem Fünftel und einem Drittel der Schüler betreuten, die heute die Schulbank drücken. 11,24 Millio-

Die Regierung hat bereits mit einer Erhöhung des Renteneintrittsalters reagiert – eine Ironie angesichts des problematischen Arbeitskräfteüberhangs.

nen Kubaner lebten derzeit auf der Insel, die Bevölkerungsentwicklung weise ein „Negativwachstum“ von minus 0,2 je 1.000 Einwohner auf. Kubanische Frauen brächten derzeit durchschnittlich 1,63 Kinder zur Welt, weit entfernt von den 2,1 Kindern, die zur Bestandserhaltung der Bevölkerung erforderlich wären. Die Regierung hat bereits mit einer Erhöhung des Renteneintrittsalters reagiert, um Pensionslasten in Grenzen zu halten und den Arbeitsmarkt nicht auszutrocknen – eine Ironie angesichts des problematischen Arbeitskräfteüberhangs. Besonders großzügig werden allerdings nach wie vor Militärs im Ruhestand bedacht, während andere Pensionäre mit dem Verfall der Kaufkraft ihrer Einkünfte ringen.

Hinzu kommt, dass vor allem junge Menschen versuchen, das Land zu verlassen. Im Jahr 2008 etwa, so zitiert der Kuba-Korrespondent von *La Jornada*, Gerardo Arreola, in einer Analyse offizielle Angaben, seien allein 36.903 Personen legal ausgereist. In der gleichen Betrachtung verweist er auf die Aussage des kubanischen Experten Antonio Aja, dass derzeit rund 1,75 Millionen Kubaner außerhalb Kubas lebten, 85 Prozent von ihnen in den USA.

Offenbar denkt Kuba nun zusätzlich darüber nach, den Bürgern Auslandsreisen ohne vorherige Ausreisegenehmigung – die so genannte *tarjeta blanca* – zu ermöglichen. Ansätze dazu finden sich in den Parteitageleitlinien. Für manche Berufsgruppen, die die Insel als besonders wichtig und emigrationsanfällig erachtet, war diese Genehmigung bisher nicht so ohne Weiteres zu erlangen, zum Beispiel für Ärzte und Beschäftigte des öffentlichen Dienste, ebenso für Militärs. Andererseits arbeiten schon heute rund 50.000 kubanische Experten in 77 Ländern der Welt und sorgen so für die größte Devisenquelle ihres Landes – ihre Arbeitsverträge laufen direkt über den kubanischen Staat, teilweise als Kompensation für wirtschaftliche Unterstützung wie im Falle der verbilligten Öllieferungen aus Venezuela.

Schon heute arbeiten rund 50.000 kubanische Experten in 77 Ländern der Welt. Sie bilden die größte Devisenquelle ihres Landes.

HOFFNUNG AUF WIRTSCHAFTSREFORMEN

Raúl selbst versucht bereits seit 2006, mit konkreten Verbesserungen für die Bevölkerung aus Fidels Schatten zu treten, eine Tendenz, die sich auch schon in den Krisenzeiten nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion beobachten ließ und die er jetzt mit den Beschlüssen des VI. Parteitags verfestigte. Christian Schmidt-Häuer sieht Raúls Entwicklung in der *Zeit* folgerichtig so: „Er hat sich vom martialischen Ordnungshüter zum autoritären Pragmatiker entwickelt.“¹ Bert Hoffmann konstatiert schon länger einen Übergang vom „charismatischen zum bürokratischen Sozialismus“ – Raúl sei kein „allgewaltiger *lider*, sondern der oberste Verwaltungskader des Landes“.²

1 | Christian Schmidt-Häuer, „Castro der Zweite“, *Die Zeit*, 14.04.2011.

2 | Bert Hoffmann, „Wie reformfähig ist Kubas Sozialismus?“, in: *FES-Studie*, 05/2011, 3.

Gerade an dieser Front muss Raúl nun liefern. 2011 könnte in vieler Hinsicht ein Schlüsseljahr für die Kubaner werden, von denen rund 70 Prozent mittlerweile nach dem 1. Januar 1959 geboren sind, dem Tag also, an dem Fidel Castros Revolutionäre siegreich in die Hauptstadt Havanna einzogen.

Bereits 2008 deuteten sich konkrete Vorstöße von Raúl Castro für Wirtschaftsreformen an: die Diskussion des Zusammenhangs von Gehältern und Unternehmenserfolg, die neuen Möglichkeiten der Bevölkerung zum Erwerb von Mobiltelefonen und anderen elektronischen Geräten, ihre neuen Zugangsmöglichkeiten zu Devisenhotels in Tourismusgebieten. Im Jahr 2009 kam dann eine Steuerdiskussion hinzu, ebenso die Ankündigung einer

Im Oktober 2010 folgte die Ankündigung, bis März 2011 rund 500.000 öffentlich Bedienstete in die Privatwirtschaft zu entlassen. Dann allerdings wurde dieses Zieldatum auf unbestimmte Zeit verlängert.

Arbeitsmarktreform und einer Ausdünnung des staatlichen Sektors. Im Oktober 2010 folgte die Ankündigung, die bis März 2011 rund 500.000 bis dahin öffentlich Bedienstete in die Privatwirtschaft entlassen sollte – weitere 800.000 sollten in den kommenden drei Jahren folgen. Dann allerdings wurde dieses Zieldatum auf unbestimmte Zeit verlängert, Anzeichen für die enormen Widerstände und eine fehlende Absorbationsfähigkeit privater Alternativen.

WAS IST GERADE NOCH SYSTEMKONFORM?

Die Frage wäre nicht zuletzt, wie sie mit der neuen „Freiheit“ zurecht kommen, wie kubanischer Sozialismus und Marktwirtschaft zusammenpassen – ein schwieriger Spagat zwischen aktuellen Notwendigkeiten und ideologischer Verbrämung für die politische Führung, baute sie ihre begrenzte Legitimation doch immer und vor allem auf soziale Wohltaten, die in den zurückliegenden Jahren immer mehr unter Druck geraten sind: Gerade die Einsparungen im Gesundheitssektor und Probleme im Bildungsbereich haben massive Verschlechterungen der Versorgung ausgelöst.

Kein Wunder auch, dass die Debatte um die Bezugskarten für subventionierte Lebensmittel, die so genannte *libreta*, im Mittelpunkt der monatelangen Diskussionen im Vorfeld des Parteitags und millionenfacher Interventionen

der Bevölkerung stand. Besonders bei denen, die keinen Zugang zu Devisen haben oder von Verwandten im Ausland Unterstützung erfahren, regiert schlicht die Angst. Ihre nationalen Pesos verlieren rapide an Wert, konvertible Pesos, die so genannten CUC, unerlässlich für den Einkauf in besser gefüllten Devisenläden oder Restaurants, sind außer Reichweite.

Gerade dieser Aspekt hat auch der einst eher homogenen Sozialstruktur der vergangenen Jahrzehnte heftige Schläge versetzt und zu einer Spaltung geführt. Pikant dabei: Sie trägt starke ethnische Aspekte zuungunsten dunkelhäutiger Kubaner. Und natürlich bleiben Parteikader verschont, die durch politisch motivierte Stellenbesetzungen in dezentralen Sektoren wie dem Tourismus profitieren. Drastisch formuliert das Michael Zeuske in der Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament* (Nr. 41-42/2010): „Am deutlichsten gescheitert ist die kubanische Revolution [...] an der ‚Rassen‘-Frage, vor allem, weil die Folgen der Krisen den [großen] Teil farbiger und schwarzer Menschen am heftigsten trafen. Die neuen Stellen, die während der Wirtschaftsreformen geschaffen wurden, mit Zugang zu Dollar- und Devisensektor, gingen meist an Menschen mit *buena presencia* [gutes Aussehen] und *cultura* – meist weiße Menschen.“

Gerade Ältere aber, die nie ein anderes System als das paternalistische der kubanischen Revolution kennengelernt haben, fürchten die Veränderungen und den Verlust des Wenigen, was sie haben. Nur konsequent, dass weitergehende Reformvorschläge schon im Prozess der Diskussion als „Widerspruch zur Essenz des Sozialismus“ oder als „Begünstigung von Eigentumskonzentration“ ausgemustert wurden. Und kein Wunder auch, dass der Parteitag weitgehend hinter verschlossenen Türen stattfand und ein direkter Eindruck der Diskussionen damit unmöglich wurde.

Gerade Ältere, die nie ein anderes System als das paternalistische der kubanischen Revolution kennengelernt haben, fürchten den Verlust des Wenigen, was sie haben.

„AKTUALISIERUNG“ DES MODELLS

Schon in einem Vorbereitungsdokument zum Parteikongress waren die Konflikte zwischen ideologischer Reinheit und handfester wirtschaftlicher Notwendigkeit mehr als

deutlich geworden, schwammig blieben die Formulierungen: „Die Wirtschaftspolitik in dieser neuen Etappe folgt dem Prinzip, dass nur der Sozialismus in der Lage ist, die Schwierigkeiten zu überwinden und die Errungenschaften der Revolution zu erhalten. In der Aktualisierung unseres Wirtschaftsmodells kommt der Planung und nicht dem Markt der Vorrang zu“, hatte es da geheiß.

Für zusätzliche Verwirrung hatte schon im September 2010 der *Maximo Lider* Fidel Castro höchstselbst gesorgt, der im Umfeld seines 84. Geburtstag fit wie lange nicht mehr vor den Kameras und vermehrt in der Öffentlichkeit erschien: Er äußerte in einem Interview mit dem US-Journalisten Jeffrey Goldberg, bei dem auch die Kuba-Kennerin Julia Sweig anwesend war: „Das kubanische Modell funktioniert nicht einmal mehr bei uns.“ Die Frage war, ob er das kubanische Modell noch für exportwürdig halte. Hinterher versuchte er, diese Äußerungen umzuinterpretieren – der Geist war aber aus der Flasche.

Im September 2010 äußerte Fidel Castro in einem Interview: „Das kubanische Modell funktioniert nicht einmal mehr bei uns.“

Julia Sweig jedenfalls meinte: „Für mich war es die Feststellung, dass im kubanischen System der Staat eine zu große Rolle im Wirtschaftsleben einnimmt.“ Andere Beobachter auf der Insel wie der unabhängige Wirtschaftswissenschaftler Óscar Espinosa Chepe sahen darin sogar einen überraschenden Beweis, dass Fidel doch hinter den Reformplänen seines Bruders stehe – dies war immer wieder bezweifelt worden und scheint auch jetzt noch nicht wirklich überzeugend.

Mit einer Kritik an Fehlern des praktizierten Sozialismus hielt auch Raúl Castro in seiner Parteitage Rede nicht zurück. Zu lange habe das Land seine Probleme ignoriert, ließ Castro wissen, und vor allem mehr ausgegeben als eingenommen. Gerade die dauerhafte Subventionierung von Lebensmitteln sei zu einer „unerträglichen Last“ für den Haushalt geworden. Die Partei müsse sich von Funktionen trennen, die ihr nicht zukämen, die Unbeweglichkeit in leeren Dogmen und Symbolen müsse beendet werden. Es könne allerdings fünf Jahre dauern, bis sich die Resultate der jetzt einzuleitenden Reformen zeigten.

Manchmal klang das, als wären er und sein Bruder nicht dabei gewesen, als die Fehler gemacht wurden – nicht die grundlegenden Ideen erscheinen als Ursache des Scheiterns, sondern eher schlechte Umsetzung.

Damit immerhin ist die kubanische Rhetorik in der Historie sozialistischer Fehlversuche keine Ausnahme. Ähnlich argumentiert man auf der Linken auch in Deutschland bekanntlich bis heute. Was aber, und dafür gibt es hinreichend Beweise, wenn einfach das Modell nicht funktioniert? Dann werden ein paar marktwirtschaftliche Prothesen einmal mehr nicht reichen.

Nicht die grundlegenden Ideen erscheinen als Ursache des Scheiterns, sondern eher schlechte Umsetzung. Damit ist die kubanische Rhetorik in der Historie sozialistischer Fehlversuche keine Ausnahme.

Für den Journalisten und langjährigen Kuba-Beobachter Klaus Ehringfeld ist gleichwohl klar: „Mehr als ein halbes Jahrhundert nach dem Einzug der Revolutionäre in Havanna verabschiedet sich Kuba vom Kommunismus. Zwar bleibt politisch alles beim Alten, aber auf dem letzten kommunistischen Eiland im kapitalistischen Meer zieht jetzt die Marktwirtschaft ein.“³ Und für Andrés Oppenheimer bestätigt sich der alte Witz, dass der Kommunismus der längste Weg zwischen Kapitalismus und Kapitalismus ist.⁴

HOFFNUNG AUF EXISTENZGRÜNDER

Die Ergebnisse des Parteitages jedenfalls finden sich nun vor allem zusammengefasst in 313 Punkten der so genannten Leitlinien der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Partei und der Revolution. Sie sind überall erhältlich und nachlesbar – und wahrscheinlich die unverzichtbare Referenz für die nun folgenden Mühen einer Umsetzung. Gestärkt werden Selbständigkeit, Genossenschaften, dezentralere Planungsverfahren und Eigeninitiative. Private unternehmerische Tätigkeit soll auch den Agrarsektor beleben. Kredite für private Unternehmensprojekte soll es geben, ein begrenzter Immobilienmarkt soll entstehen. Dies sieht mehr nach graduellen Anpassungen aus als nach einem geschlossenen Entwurf. Für die kubanische Wirtschaft ist es einmal mehr eine Überlebensfrage, ob die Experimente gelingen.

3 | Klaus Ehringfeld, „Kuba entdeckt die Marktwirtschaft und sagt Fidel Castro ade“, *Handelsblatt*, 14.04.2011.

4 | Andrés Oppenheimer, „Raúl Castro compra tiempo“, *El País*, 25.04.2011.

Die Regierung hofft vor allem auf Hunderttausende von „Existenzgründern“, die von den nun beschlossenen Möglichkeiten Gebrauch machen. 80.000 Anträge auf Gründung kleiner Betriebe soll es seit Oktober 2010 schon gegeben haben, die Zahlen schwanken stark. Mittlerweile stehen 178 Arten selbständiger Tätigkeiten – ihre Zusammenstellung liest sich bisweilen etwas skurril – für die Lizenzvergabe offen. Die neuen Selbständigen konzentrieren sich bisher aber ganz offensichtlich in drei Bereichen: der Eröffnung kleiner Familienrestaurants (*paladares*), beim Betreiben kleiner Schnellimbisstände und beim Verkauf von selbstproduzierten CDs oder solchen der Produktpiraterie.

Everlery Pérez vergleicht den begonnenen Prozess mit den Veränderungen in China und Vietnam – andere Beobachter sind skeptischer.

Der Wirtschaftswissenschaftler Omar Everlery Pérez Villanueva vom Studienzentrum der kubanischen Wirtschaft (CEEC) an der Universität Havanna sprach in einem Interview mit der Tageszeitung *taz* sogar von 190.000 Lizenzen, die inzwischen ausgegeben worden seien, und macht eine entsprechende „Dynamik“ aus.⁵ Auf mittlerweile insgesamt 295.000 Selbständige kommt die mexikanische Zeitung *La Jornada* Mitte April in einem Vorbericht zum Parteitag.

Für Everlery Pérez sind für einen Erfolg der Reformen nun aber der Zugang zu Krediten und ein Markt vonnöten, auf dem sich die neuen Selbständigen mit Rohstoffen und anderen Betriebsmitteln versorgen könnten. Gleichwohl vergleicht er den begonnenen Prozess mit den Veränderungen in China und Vietnam – andere Beobachter wie der Wirtschaftswissenschaftler Carmelo Mesa Lago von der University of Pittsburgh sind skeptischer: „Die Reformen sind viel zu schüchtern und enthalten zu viele Restriktionen.“⁶

Die daneben vielleicht wichtigste Veränderung besteht in der Möglichkeit zum An- und Verkauf von Immobilien und Autos. Bisher waren die Kubaner zwar offiziell Eigentümer ihrer Wohnungen, konnten diese aber nicht legal veräußern. Die Folge war, dass Wohnungswechsel nur als

5 | Knut Henkel, „Der Staat zieht sich zurück“, *taz*, 15.04.2011, <http://taz.de/1/politik/amerika/artikel/1/der-staat-zieht-sich-zurueck> [28.06.2011].

6 | Carmelo Mesa Lago, zitiert nach Oppenheimer, Fn. 4.

Tauschvorgang möglich war, was einen enormen schwarzen Markt eröffnete. Die Registrierung der Veränderung bei staatlichen Stellen ist zudem ein ganz besonderer Hort der Korruption. Was noch fehlt sind konkrete Ausführungsbestimmungen – gleichwohl besteht eine Hoffnung darin, dass nun auch notwendige private Gelder für die Renovierung der vielerorts verfallenden Immobilien eingesetzt werden könnten.

Zu einer kleinen Erleichterung verhalf die Regierung einem Teil ihrer Bürger schon vorher: Sie schaffte die zehnpromzentige „Revolutionssteuer“ auf Überweisungen ab, die sie von Verwandten aus dem Ausland erhielten. So

Die Regierung schaffte die zehnpromzentige „Revolutionssteuer“ auf Überweisungen aus dem Ausland ab. Beobachter gehen von einem Transfervolumen von bis zu einer Milliarde Dollar aus.

kann Western Union diese Zuwendung künftig direkt und ohne Steuerabzug von Dollar in konvertible kubanische Pesos (CUC) konvertieren. Der Abzug hatte früher zur Folge, dass dieser Überweisungsweg kaum beschritten wurde. Offizielle Angaben über die Höhe der Gelder, die aus dem Ausland nach Kuba geschickt werden, gibt es nicht. Beobachter gehen von bis zu einer Milliarde Dollar aus. In den USA hatte Präsident Obama zuvor schon eine Reihe von Restriktionen gelockert, denen Überweisungswillige in den Staaten unterlagen.

PROBLEM LANDWIRTSCHAFT

Einstweilen aber bleibt die Versorgungslage das zentrale Problem. Zahlreiche Artikel des täglichen Bedarfs, darunter Zahnpasta, Seife und Waschmittel, sind mittlerweile nicht mehr über die so genannte libreta subventioniert beziehbar, sondern müssen auf dem freien Markt von den spärlichen umgerechnet 20 Dollar erworben werden, die einem Durchschnittsbürger als Monatseinkommen zur Verfügung stehen. Mit umgerechnet rund 600 Millionen Euro hatte der Staat hier jährlich Zuschüsse gewährt, die er sich immer weniger leisten konnte.

Um seiner Zahlungsbilanzkrise Herr zu werden, reduzierte die Regierung zudem drastisch ihre Importe und verschob Devisenzahlungen. Auch ausländische Unternehmen waren massiv unter Druck geraten, da Kuba seine Schulden zwischenzeitlich nicht beglich und sie nicht über ihre Devisenkonto verfügen konnten. Hier scheint es mittlerweile

eine gewisse Entspannung zu geben – vielleicht auch deshalb, weil Betroffene in Hoffnung auf künftige Geschäfte ihre Negativerfahrungen nicht an die große Glocke hängen. Offenbar braucht auch das gesamte kubanische Bankensystem dringend eine Generalüberholung.

Dabei wirkt sich aus, dass Kuba rund achtzig Prozent seiner Lebensmittel importieren muss. Die völlig unproduktive Landwirtschaft ist schon lange nicht mehr zu einer weitgehenden Selbstversorgung in der Lage. Selbst traditionelle Exportprodukte wie Zucker sind knapp. Die Kaffeeernte auf Kuba 2009 war die schlechteste in der Geschichte des Landes. Für 2010 wurden es gerade noch

rund 6.700 Tonnen, Anfang der sechziger Jahre waren es fast zehn Mal soviel. Es fehlt an Arbeitern, modernen Techniken, Anbaumethoden und Produktivität – auch der Versuch, durch einen Armeegeneral an der Spitze des Zuckerministeriums neuen

Schwung in die Produktion zu bringen, dürfte gescheitert sein. Im laufenden Jahr kommt die allgemeine Erhöhung der weltweiten Rohstoffpreise hinzu, die Kuba nach offiziellen Angaben rund 308 Millionen Dollar zusätzlich kostet, eine Steigerung der Kosten für Lebensmittelimporte von 25 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Die allgemeine Erhöhung der weltweiten Rohstoffpreise kostet Kuba nach offiziellen Angaben rund 308 Millionen Dollar zusätzlich, eine Steigerung von 25 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Kuba verfügt nach offiziellen Angaben über rund 6,6 Millionen Hektar Land, die als landwirtschaftliche Nutzfläche gelten können. Ein Drittel allerdings liegt brach. Mittlerweile gibt es die Möglichkeit der Selbständigkeit als Kleinbauer: Bis zu 13,42 Hektar können vom Staat gepachtet und in „Nießbrauch“ zehn Jahre lang auf eigene Rechnung bearbeitet werden. Diese Konzession ist erneuerbar. 63 Prozent des Brachlandes, so ebenfalls offizielle Angaben, sollen inzwischen übergeben worden sein – was nicht bedeutet, dass dort unmittelbar mit Agrarproduktion begonnen wurde. Ein Schönheitsfehler allerdings: Einem großen Teil der neuen Bauern mangelt es ganz offenbar an jeglicher beruflicher Vorbildung.

Ein systemisch bedingtes Zusatzproblem besteht zudem darin, dass auch Kleinbauern oder Genossenschaften ihre Ernten zum großen Teil an die staatlichen Sammelstellen (*sistema de acópio*) zu festgesetzten Preisen abgeben

müssen, die in keinem Verhältnis zu den Produktionskosten stehen. Eine Abschaffung dieses Systems wurde zwar diskutiert, den Schritt zu einer Preisfreigabe wollte die Regierung allerdings nicht gehen. Lediglich von „Flexibilisierung“ und „Transformation des Systems“ sprach jetzt der VI. Parteitag. Hinzu kommt, dass viele Böden ausgelaugt sind und Düngemittel, Saatgut sowie Agrarmaschinen nur begrenzt zur Verfügung stehen.

FREIHEITSRECHTE FEHLANZEIGE

Sind die Chancen für begrenzte wirtschaftliche Reformen also zumindest absehbar, sieht es an der Front bürgerlicher Freiheitsrechte nach wie vor düster aus. Die Legitimation kubanischer Politik steht auf wackligen Füßen, von Demokratie bleibt sie weit entfernt – und auch der VI. Parteitag erbrachte keine Anhaltspunkte für die von Vielen erhoffte demokratischen Veränderungen.

Die Legitimation kubanischer Politik steht auf wackligen Füßen, von Demokratie bleibt sie weit entfernt. Auch der Parteitag brachte keine Anhaltspunkte für demokratische Veränderungen.

Die Enttäuschung zeigt sich seit Längerem weniger in offener Opposition als vielmehr in Apathie und Abstinenz, nicht zuletzt bei den jüngeren Menschen, die vom System nichts mehr erwarten. Ein Beispiel dafür zeigte sich bereits bei den Kommunalwahlen im Frühjahr 2010. Die kubanische Wahlbehörde gab die Beteiligung daran damals mit 95,86 Prozent der 8.562.270 wahlberechtigten Kubaner an. Auffallend war bei den Ergebnissen die gestiegene Zahl der Stimmenthaltungen und ungültigen Stimmen, die einzige mögliche Protestform bei solchen Urnengängen. Beide Ziffern haben sich im Vergleich zum letzten Mal fast verdoppelt und erreichen zusammen 1.083.510 Stimmen, das sind 8,89 Prozent (4,59 Prozent *en blanco*, 4,3 Prozent ungültig). Zur Annullierung der Stimme hatte unter anderen der seinerzeit im lebensbedrohenden Hungerstreik befindliche Bürgerrechtler Guillermo Fariñas aufgerufen. In 169 Gemeinden der Insel waren die Positionen neu zu besetzen.

In ihrem *Jahresbericht 2011* hat auch die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch auf die weiterhin prekäre Lage auf Kuba hingewiesen, „dem einzigen Land Lateinamerikas, wo fast alle Formen politischen Dissenses

unterdrückt werden“.⁷ Raúl Castro habe den gesamten Repressionsapparat des Landes unverändert in Takt gelassen.

FREILASSUNG POLITISCHER GEFANGENER

Der Bericht begrüßte die Freilassung verschiedener politischer Gefangener, die im Sommer 2010 auf Vermittlung von Kardinal Jaime Ortega, Erzbischof von Havanna, und des damaligen spanischen Außenministers Miguel Ángel Moratinos in Gang gekommen war und 2011 fortgesetzt wurde. Der Zeitpunkt der Absprache hatte auch mit politischer Logik zu tun, stand doch eine Entscheidung der Europäischen Union über den Fortbestand ihrer „Gemeinsamen Position“ zu Kuba kurz bevor. Gerade Spanien brauchte für seine Politik zu deren Aufhebung politische Signale von der Insel.

Für namhafte Bürgerrechtler auf der Insel blieb dies unzureichend. Entsprechend plädierte Oswaldo Payá vom Movimiento Cristiano de Liberación (MCL) für die Beibehaltung der „Gemeinsamen Position“ der EU, bis sich Kuba auf

einen echten Reformweg begibt. Gemeinsam mit Martha Beatriz Roque und Vladimiro Roca hinterfragte er zudem die Rolle der Kirche: Kardinal Ortega, so die Kritik, spiele eine Rolle, die ihm nicht zukomme, die Handlungsweisen seien zudem intransparent.

Kardinal Ortega, so die Kritik, spiele eine Rolle, die ihm nicht zukomme. Nicht zu leugnen ist allerdings die aktive Rolle der katholischen Kirche in der aktuellen Reformdebatte.

Nicht zu leugnen ist allerdings die aktive Rolle der katholischen Kirche in der aktuellen Reformdebatte, zum Beispiel über die von ihr herausgegebenen katholischen Zeitschriften, ganz abgesehen von den zahlreichen Aktivitäten der Basisgemeinden. Dass sie eine überaus positive Erwähnung in Raúl Castros Parteitagsrede fand, dürfte Oppositionelle in ihrer Skepsis gleichwohl eher bestätigen. Sie sehen die Freilassungen eher im Zusammenhang mit dem neuen internationalen Druck, der seit dem Tod des hungerstreikenden Orlando Zapata Tamayo und der weltweit beachteten Rolle von Guillermo Fariñas auf dem System lastet. Dieses Opfer, so der Sprecher der exilierten PDC-Kubas, Marcelino Miyares, habe das Regime in die Defensive gedrängt.

7 | Human Rights Watch, *World Report 2011 – Resumen de País: Cuba*, 24.01.2011, 1.

Neue Kommunikationsmedien trugen die visuellen Eindrücke von Unterdrückung und Martyrium zudem in jeden Haushalt, Blogs wie der von Yoani Sanchez brachten auch langjährige *follow traveller* der kubanischen Revolution ins Grübeln und veranlassten sie zu kritischen Stellungnahmen. Viele Parlamente verabschiedeten Resolutionen, die zum Teil in scharfer Form die Einhaltung der Menschenrechte auf Kuba einforderten.

Dass sich an der harten Haltung der Regierung gegen jede öffentliche Artikulation von Opposition nichts geändert hat, beweisen zahlreiche Akte der Repression, die mit der Freilassungswelle Hand in Hand gingen – eine besondere Art der Doppelstrategie: So wurde Guillermo Fariñas am 26. Januar 2011 festgenommen, der mit seinen Hungerstreiks immer wieder auf die Lage der Gewissensgefangenen (*prisioneros de conciencia*) auf Kuba hingewiesen hatte. Zusammen mit ihm gerieten 15 weitere Bürgerrechtler in Haft, nach Angaben aus Kuba Mitglieder der Organisationen Coalición Central Opositora, Foro Antitotalitario Unido und Bibliotecarios Independientes. Nach sieben Stunden wurde er wieder freigelassen, allerdings nur, um kurz darauf erneut verhaftet zu werden – diesmal offenbar, weil er gemeinsam mit anderen gegen die Verhaftung seiner Mitstreiter protestiert hatte. Geschlagen worden sei er – im Gegensatz zu seinen Mitgefangenen – bisher nicht, sagte Fariñas. Vielmehr habe der zuständige Polizeiführer seinen Beamten zugerufen: „Schlagt ihn nicht, sonst kriegt er noch den Nobelpreis.“

Anschließend setzte die kubanische Regierung dann die Politik der sukzessiven Freilassungen von politischen Häftlingen fort: Héctor Maseda und Ángel Moya aus der „Gruppe der 75“ kamen nach acht Jahren Haft auf freien

Héctor Maseda und Ángel Moya aus der „Gruppe der 75“ kamen nach acht Jahren Haft auf freien Fuß und bleiben in Kuba – die Exilierung nach Spanien hatten sie abgelehnt.

Fuß und bleiben in Kuba – die Exilierung nach Spanien hatten sie abgelehnt. Sie kündigten an, ihre Arbeit fortzusetzen: „Der Kampf geht weiter, Kuba wird frei sein“, sagte Moya, nachdem er in der Kirche Santa Rita gemeinsam mit der Oppositionsbewegung Damas de Blanco an einem Gottesdienst teilgenommen hatte. Der Freilassung von Maseda und Moya kommt besondere symbolische Bedeutung zu, sind sie doch die Ehemänner von Laura Pollán und Berta Soler, den Leitfiguren der Damas.

Am 27. Februar wurde dann auch Diosdado González freigelassen, ein weiteres Mitglied der Gruppe der 75, ebenfalls zu 20 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Seine Frau ist bei den Damas de Blanco aktiv. Dem folgte kurz darauf (11. März 2011) die Nachricht über die bevorstehende Freilassung von Óscar Elías Biscet, des 49-jährigen Arztes aus der gleichen Gruppe, verurteilt zu 25 Jahren Gefängnis, der 1997 die Fundación Lawton por los Derechos Humanos gegründet hatte. Auch Biscet will in Kuba bleiben.

Von der Gruppe blieben dann nur noch Librado Linares, Félix Navarro Rodríguez und José Daniel Ferrer García in Haft – alle drei weigerten sich, ein Zwangsexil in Spanien zu akzeptieren und setzten sich schlussendlich durch: Mitte März wurde Linares freigelassen, Navarro und Ferrer folgten am 23. März. Alle drei wollen weiter für demokratische Veränderungen auf Kuba kämpfen. Parallel wurde bekannt, dass der zwölfköpfigen Familie des beim Hungerstreik vor einem Jahr ums Leben gekommenen Zapata Tamayo die Ausreise in die USA gestattet wurde.

DIE REPRESSION BLEIBT

Damit, so Raúl Castro, sei die Freilassung von Gefangenen abgeschlossen, die Opposition werde aber „keinen Raum auf den Plätzen und Straßen Kubas“ finden. 126 politische Häftlinge waren es schließlich insgesamt, die zwischen Juli 2010 und April 2011 freigekommen waren, 114 von ihnen verließen die Insel mittlerweile Richtung Spanien. Auch dürfte die Regierung darauf hoffen, dass mit der Freilassung und teilweisen Exilierung von Leitfiguren die sichtbare Präsenz der Opposition auf Kuba und international geschwächt ist, kämpften doch gerade die Damas de Blanco besonders für die Freilassung ihrer Familienangehörigen. Ob diese Rechnung aufgeht, bleibt abzuwarten.

126 politische Häftlinge waren es insgesamt, die zwischen Juli 2010 und April 2011 freigekommen waren, 114 von ihnen verließen die Insel mittlerweile Richtung Spanien.

Dass – ganz in der Interpretation der Castro-Worte – das Leben für Oppositionelle auf Kuba gefährlich bleibt, zeigt das Schicksal von Juan Wilfredo Soto. Der 46-Jährige starb am 8. Mai 2011, nachdem er offenbar von Polizisten in der Stadt Santa Clara zusammengeschlagen worden war. Die Regierung führt Vorerkrankungen für den Tod ins Feld, viele Oppositionelle sehen das anders. Soto war Mitglied

von zwei kleinen Oppositionsgruppen im Landesinneren Kubas, der Coalición Central Opositora und des Polo Antitotalitario Unido. Er war drei Tage vor seinem Tod wegen „Verstoßes gegen die öffentliche Ordnung“ festgenommen und offenbar misshandelt worden.

Elizardo Sánchez von der Kubanischen Menschenrechtskommission CCDHRN verurteilte diesen „vermeidbaren Tod“ energisch und sah einen direkten Zusammenhang zwischen den Schlägen und der eingetretenen Todesfolge. Die Polizei gehe „jeden Tag brutaler“ gegen die Opposition vor, so Sánchez. Auch Lisset Zamora, Sprecherin des durch seine langen Hungerstreiks bekannten Menschenrechtlers Guillermo Fariñas, sprach von einem Mord. Yoani Sánchez schrieb in ihrem Blog, „dieser Akt von Polizeigewalt ist kein Einzelfall“.⁸

Im kubanischen Fernsehen wurde jüngst unter dem Titel „Peones del imperio“ eine Dokumentation ausgestrahlt, in der sich Agenten der Staatssicherheit outeten, die teils über Jahre kritische Bewegungen wie die Damas oder die unabhängige kubanische Menschenrechtsorganisation infiltriert haben. Die „Beweise“ für eine Steuerung durch die USA blieben allerdings überaus dürftig. Gezielt versucht die kubanische Regierung zudem, Oppositionelle zu isolieren, dem Volkszorn auszusetzen oder sie durch Kurzzeitverhaftungen einzuschüchtern. Kommunikationskanäle wie der von Yoani Sánchez werden als Teil eines gegen Kuba gerichteten „Cyber-Kriegs“ gebrandmarkt – die „Söldner des US-Imperialismus“ bekommen junge Gesichter.

Gezielt versucht die kubanische Regierung, Oppositionelle zu isolieren, dem Volkszorn auszusetzen oder sie durch Kurzzeitverhaftungen einzuschüchtern.

DER GEIST IST AUS DER FLASCHE

Bis auf Weiteres also wenig wirklich Neues von der Zuckerinsel, eine Stilveränderung hier, ein Reförmchen dort, manchmal zwei Schritte vor und einer zurück. Es bleibt beim Durchwursteln, bei graduellen Korrekturen, beim Kommando der alten Garde. Man versucht, Zeit zu gewinnen, für sich selbst und für ein längst überlebtes Modell. Nur treten dessen Systemfehler mittlerweile so

8 | Elizardo Sánchez, zitiert nach Yolanda Martínez, „Denuncian golphiza mortal a opositor cubano“, *Reforma*, 09.05.2011.

deutlich zu Tage, dass sie – wenn auch verklausuliert und in Euphemismen verpackt – auch von den Führungseliten nicht mehr geleugnet werden können. Der Geist ist aus der Flasche.

Parallel bringt der Abbau von gewohnten „Errungenschaften der Revolution“ einen nicht zu unterschätzenden Legitimationsverlust im Inneren mit sich, für dessen Ausgleich Fidel Castros Charisma nicht mehr zur Verfügung steht. Sein Bruder Raúl kann hoffen, dass ihm die internationalen Rahmenbedingungen erhalten bleiben und ihm vor allem Financier Hugo Chávez nicht so schnell abhanden kommt, dass sich die Preise für Kubas Exportprodukte positiv entwickeln und der Tourismus als Devisenbringer zulegt. Er wird hoffen, dass seine graduellen Reformen den Veränderungsdruck mindern und wichtige Trägergruppen des Systems weiterhin ruhig stellen. Ganz ausschließen allerdings kann er nicht, dass der jetzt begonnene Reformprozess doch eine gewisse Eigendynamik entwickelt und auf den politischen Bereich nach und nach übergreift. Auch dafür gibt es historische Beispiele.